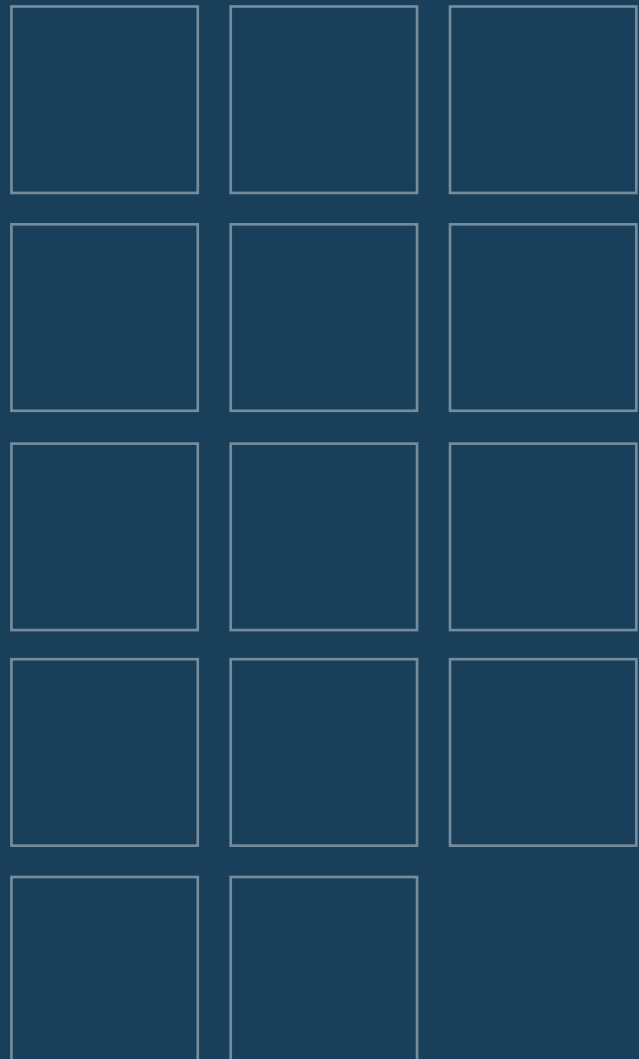


Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

ExWoSt-Informationen 26/5

Gender Mainstreaming im Städtebau

Ein ExWoSt-Forschungsfeld



Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) ist ein Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und wird betreut vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Gender Mainstreaming im Städtebau – ein Fazit

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,

das Modellvorhaben des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus „Gender Mainstreaming im Städtebau“ ist zu Ende. In dieser letzten Ausgabe der ExWoSt-Informationen bieten wir Ihnen eine Zusammenfassung der Ergebnisse.

Angetreten waren wir mit dem Ziel, einen Beitrag zur Verankerung von Gender Mainstreaming in der städtebaulichen Praxis zu liefern. Denn auch für den Städtebau gilt: Wie können die unterschiedlichen Lebenssituationen sowie Bedürfnisse von Frauen und Männern berücksichtigt werden? Ein erstes kursorisches Fazit:

- Gender Mainstreaming führt zu einer inhaltlichen und prozessualen Qualifizierung von Planungsprozessen. Die Erfassung der Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer, gezielte Bedarfsanalysen, ein genaues Nachschauen und Nachfragen sowie eine transparentere Interessenabwägung erhöhen die Passgenauigkeit und damit den effektiveren Mitteleinsatz in der räumlichen Planung. Gute Planung wird zu einer noch besseren Planung.
- Gender Mainstreaming führt aufgrund der transparenten Umsetzungsschritte zu einer deutlich höheren Klarheit der Planungsprozesse und einer frühzeitigen Abwägung unterschiedlicher Interessen.
- Gender Mainstreaming führt bei erfolgreicher Umsetzung zu einer verbesserten kommunalen Pla-

nungskultur. Die Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik sowie Bürgerinnen und Bürgern wird intensiviert.

Die ausführlichen Ergebnisse dieses ExWoSt-Vorhabens werden demnächst in der BBR-Reihe „Werkstatt: Praxis“ veröffentlicht – darin werden auch Arbeitshilfen für die Praxis enthalten sein. Wir werden Ihnen, sobald das Heft gedruckt ist – und dies wird voraussichtlich Ende Mai sein – ein Exemplar zusenden.

Außerdem werden wir die Ergebnisse dieses Modellvorhabens – zusammen mit den Erfahrungen aus anderen Städten – auf einer Abschlussveranstaltung präsentieren. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir am 23. Mai 2006 in Köln die Chancen dieser neuen Strategie „Gender Mainstreaming“ für den Städtebau offen und kritisch diskutieren.

Dazu möchten wir sowohl diejenigen, die sich schon immer gefragt haben, was es mit dem sperrigen Begriff auf sich hat, als auch die aktiven Expertinnen und Experten des Themas herzlich einladen!

Zum Abschluss wartet noch eine angenehme Pflicht auf uns. Dieses Modellvorhaben wäre nicht so erfolgreich abgelaufen,

- hätten wir nicht einen Beirat gehabt, der dieses Vorhaben so engagiert begleitet hat,
- hätten nicht die Akteure in den Modellstädten dieses Projekt so aktiv und tatkräftig unterstützt und – last but not least –

- hätte es nicht ein Forschungsteam (Frau Bauer, Frau Bock, Frau Meyer und Frau Wohltmann) gegeben, das dieses Projekt mit viel Kompetenz und viel Herzblut durchgeführt hat.

Vielen herzlichen Dank an alle!

Gender Mainstreaming als ein umfassender Lernprozess benötigt, dies zeigte auch dieses Modellvorhaben, einen langen Atem. Hoffen wir, dass uns in den nächsten Jahren die Luft nicht ausgeht. In diesem Sinne verabschieden sich

Ihre Brigitte Adam
und
Ihr Eckhard Bergmann



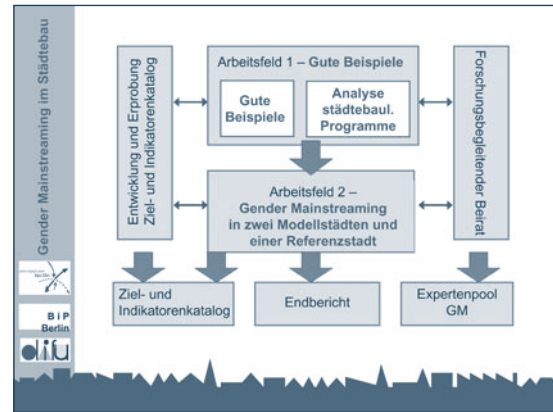
**Gender Mainstreaming
im Städtebau**

- 4 Einleitung*
- 6 Modellstadt Dessau*
- 10 Modellstadt Pulheim*
- 15 Referenzstadt Bremen*
- 18 Wege zu einer
geschlechtergerechten Stadt*
- 24 Impressum*

Vorgeschichte, Erwartungen, Ziele des Projektes

Projektaufbau
„Gender Mainstreaming im Städtebau“

Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik, 2004



Gender Mainstreaming im Städtebau

Über das Prinzip des Gender Mainstreamings (GM), seit 2000 Bestandteil der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien, soll die Perspektive der Gleichstellung der Geschlechter in alle Politikbereiche und (politischen) Aktivitäten integrieren werden. Somit müssen die unterschiedlichen Lebenssituationen sowie Bedürfnisse von Frauen und Männern auch im Städtebau* Berücksichtigung finden. Zur Umsetzung dieser neuen gleichstellungspolitischen Querschnittsaufgabe müssen alle an kommunalen Planungsprozessen beteiligten Akteure eine geschlechtsspezifische Sichtweise in die von ihnen bearbeiteten Konzepte, Projekte, Planwerke einbringen – und zwar auf allen Ebenen und in allen Prozessphasen. Kernbestandteile der Umsetzung sind geschlechterdifferenzierte Bestandsanalysen, die Prüfung der Gender-Relevanz, die Formulierung von Gleichstellungszielen, die darauf aufbauende Maßnahmenplanung, die Umsetzung der Maßnahme und eine Erfolgskontrolle.

Die wachsende Bedeutung von GM führte unter anderem zu der seit 2004 gesetzlich verankerten Berücksichtigung von Chancengleichheit im Rahmen der Bauleitplanung. Diese wurde in § 1 Abs. 6 als neuer Abwägungsbeleg in das Baugesetzbuch aufgenommen. Erweitert wurden 2005 auch die Anforderungen an die Städtebauför-

derung: In der Präambel der Verwaltungsvereinbarung verpflichteten sich Bund und Länder auf das Ziel der Verwirklichung der Geschlechtergerechtigkeit (Art. 104 a Abs. 4).

In den zuständigen Planungsabteilungen der Kommunen führten diese Veränderungen zu vielen noch ungeklärten Fragen: Was haben Städtebau, Stadtplanung und Stadtentwicklung eigentlich mit Chancengleichheit zu tun? Werden in den Kommunen nicht schon immer gute Planung und guter Städtebau gemacht, die alle Interessen berücksichtigen? Wie soll GM als zusätzliche Aufgabe angesichts schwindender Ressourcen in den Kommunen realisiert werden? Um die bisher kaum geübte Umsetzung von GM in der kommunalen Planungspraxis zu erleichtern, wurde Ende 2003 das Modellvorhaben „Gender Mainstreaming im Städtebau“ gestartet. Unter dem Motto „Versuch macht klug“ wurde dabei experimentelle Forschung unmittelbar mit ihrer praktischen Anwendung verknüpft.

Was bringt GM den Kommunen? Qualitätssicherung und -entwicklung durch GM im Städtebau

In der gängigen kommunalen Planungspraxis wird überwiegend davon ausgegangen, dass mit dem Menschen als Maß des Bauens und Planens die Belange von Frauen und Männern in Städtebau, Stadtplanung und Stadtentwicklung gleichermaßen berücksichtigt sind. Die nun geforderte Umsetzung von GM will eine Stärkung der Wahrnehmung, wie und wo das Geschlecht als gesellschaftliche Strukturierungskategorie (Gender) in der Gestaltung der räumli-

chen Umwelt von Bedeutung ist und wie die Gestaltung der räumlichen Umwelt das Verhältnis zwischen den Geschlechtern beeinflusst. Die Umsetzung von GM in Städtebau und Stadtplanung zielt folglich darauf ab, die Siedlungsentwicklung und Flächennutzung in den Städten und Gemeinden so zu steuern, dass die spezifischen Lebenssituationen von Frauen und Männern und die daraus resultierenden Bedürfnisse stärker als bisher berücksichtigt werden und das Ziel der Chancengleichheit erreicht werden kann.

Werden in allen Themenfeldern, bei allen Entscheidungen und Maßnahmen die Problemanalyse und der Handlungsauftrag um den Blickwinkel der Chancengleichheit erweitert, ist eine verbesserte Gleichstellungswirksamkeit, sind Veränderungen für beide Geschlechter zu erwarten. Gefragt wird nicht nur – wie in klassischen frauenpolitischen Ansätzen – nach den Belangen der Frauen, sondern auch, welche Bedürfnisse einzelner Gruppen von Männern haben.

Um die mit GM verbundenen Ziele zu erreichen, ist sicherzustellen, dass in Entscheidungsgremien, Arbeitsbereichen, Projektgruppen, Beratungsgremien sowie in Planungs- und Beteiligungsprozessen Frauen und Männer gleichermaßen beteiligt sind. Für den Bereich der Planung heißt das, auf eine gleiche Beteiligung von Frauen und Männern in den Bau- und Stadtentwicklungsausschüssen, in den Bearbeitungsteams der Verwaltung oder bei den externen Gutachtern hinzuarbeiten und in Partizipationsprozessen Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen anzusprechen, einzu-

* Unter dem Begriff „Städtebau“ werden im Rahmen des ExWoSt-Modellvorhabens „Gender Mainstreaming im Städtebau“ Aktivitäten in den Bereichen Stadtentwicklung, Stadtplanung und Städtebau zusammengefasst.

	Lage	Größe	Entwicklung	Stand GM	Thema	Pilotprojekt
Dessau	Ost	80 000 EW	schrumpfend	kein Beschluss	Stadtumbau: Abbruch und Aufwertung	B-Plan Flössergasse
	Sachsen-Anhalt					Planung Heidestraße
Pulheim	West NRW	55 000 EW	wachsend	politischer Beschluss	Freiflächenplanung Partizipation	Neu- und Umgestaltung des Stadtgartens
Bremen	West Bremen	500 000 EW	stagnierend	politischer Beschluss	Freiflächenplanung Partizipation	Neu- und Umgestaltung eines Teilbereiches des Grünzugs Leher Feld

Beteiligte Modell- und Referenzstädte

Quelle: eigene Darstellung

beziehen und zu aktivieren. Dies gilt für alle Planungsverfahren und -prozesse.

GM ist damit ein längerfristiger Organisations- und Qualitätsentwicklungsprozess, mit dessen Umsetzung das Ziel der Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung aller Planungsverfahren und -produkte verfolgt wird. Passgenauigkeit für die jeweiligen Zielgruppen ist ein Stichwort für qualifizierte Ansätze auch in der Stadtplanung und im Städtebau, da die Unterscheidung jeder Zielgruppe nach Geschlecht von Belang ist. So differieren beispielsweise die Anforderungen an die Gestaltung öffentlicher Räume oder an die notwendige Infrastrukturausstattung im Wohnquartier zwischen männlichen Jugendlichen, Migrantinnen oder allein erziehenden Vätern erheblich.

GM kann zu einem Markenzeichen eines hochwertigen Städtebaus entwickelt werden. Durch konzeptionelle Klarheit, nachvollziehbare und überprüfbare Planungsentscheidungen, durch einen umfassenden Abgleich der Interessen und durch bessere Verfahren der Nutzerinnen- und Nutzerbeteiligung wird ein Qualitätsgewinn für den Städtebau und die gebaute Umwelt erzielt. Greifen die Städte GM auf und nutzen unterschiedliche Wissensstände und Herangehensweisen von Frauen und Männern bei der Stadtgestaltung, dann können sie die Anforderungen einer immer heterogener werdenden Gesellschaft besser erfüllen. Die frühzeitige Berücksichtigung von Gender-Fragestellungen in den Planungsverfahren hilft zudem, Fehlplanungen mit Nachbesserungsbedarf zu vermeiden.

Aufbau des Forschungsvorhabens

Das Forschungsvorhaben wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), betreut vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), vom Deutschen Institut für Urbanistik gemeinsam mit den Planungsbüros Büro für integrierte Planung (Berlin) und plan-werkStadt (Bremen) durchgeführt. Im Zentrum des Vorhabens stand die Entwicklung einer übertragbaren Strategie zur Integration und Steuerung von GM in den Städtebau.

Das Forschungsvorhaben umfasste zwei Aufgabenfelder: zum einen das Arbeitspaket „Gute Beispiele“, bestehend aus den Bausteinen „Recherche und Auswahl von (guten) Beispielen“ sowie „Vergleichende Wirkungsanalyse am Beispiel des EU-Programms URBAN II“, und zum anderen das Arbeitspaket „GM in zwei Modellstädten“. Im Zentrum des Vorhabens stand die Arbeit in den beiden Modellstädten Dessau und Pulheim sowie der Referenzstadt Bremen.

Erwartet wurden übertragbare Ergebnisse, die auch anderen Kommunen als Hilfestellung dienen können. Welche konkreten Ziele wurden mit dem Forschungsvorhaben verfolgt?

- Systematisierung und Auswertung vorliegender Erfahrungen in der Umsetzung von gleichstellungspolitischen Zielen in der kommunalen städtebaulichen Praxis
- Analyse der fördernden und hemmenden Rahmenbedingungen bei der Umsetzung von GM auf der Ebene städtebaulicher Programme

am Beispiel des EU-Programms URBAN II

- Konkretisierung und Weiterentwicklung von Gender-Kriterien in Städtebau, Stadtplanung und Stadtentwicklung
- Entwicklung übertragbarer Verfahrensschritte zur systematischen Umsetzung und Steuerung von GM in der planenden, kommunalen Verwaltung
- Erarbeitung eines ersten Indikatorensets zum Themenfeld GM im Städtebau
- Verbesserung des Wissens- und Informationstransfers zwischen GM-Expertinnen und -Experten sowie kommunalen Akteuren
- Aufbau eines bundesweiten Netzwerkes zur Einbindung von Expertinnen und Experten sowie zur Nutzung von Multiplikatoreffekten

Beim Aufbau des Vorhabens diente die Erarbeitung und Erprobung eines übertragbaren Ziel- und Indikatorengerüsts zum Thema „GM im Städtebau“ als roter Faden, durch den die unterschiedlichen Bausteine des Vorhabens verknüpft werden konnten. Zentral für die Arbeit in den Modellstädten waren darüber hinaus – das zeigten auch die Erfahrungen aus dem ebenfalls querschnittsbezogenen kommunalen Aufgabenfeld der „Nachhaltigkeit“ – konkrete Zielvereinbarungen und messbare Erfolgskriterien (Indikatoren), so dass im Projektverlauf entsprechende Grundlagen entwickelt wurden. Begleitend zum Projekt wurde vom BMVBS ein Beirat berufen, um externen Sachverstand einzubinden.

Modellstadt Dessau

Umsetzung von Gender Mainstreaming in einer Stadt mit starken Bevölkerungsverlusten

Kurzbeschreibung Dessau

Das Oberzentrum Dessau (rund 78 000 Einwohner) verliert seit 1990 deutlich an Bevölkerung, insbesondere aufgrund von Abwanderungen. Die Stadt steht für eine Kommune, die Schrumpfungsprozesse zu steuern sowie erhebliche wohnungswirtschaftliche und städtebauliche Aufgaben im Rahmen des Stadtumbaus zu bewältigen hat.

Die Umsetzung von GM stand zu Beginn des Modellvorhabens in Dessau noch am Anfang, ein verbindlicher Ratsbeschluss lag nicht vor. Erste Erfahrungen mit der Umsetzung wurden jedoch bereits bei der Durchführung des EU-Förderprogramms URBAN II gesammelt.

Organisationsstrukturen und Prozesssteuerung

Zu Beginn der Pilotvorhaben wurden – ebenso wie in Pulheim – zwischen dem Bund und der Stadt Ziel- und Qualitätsvereinbarungen getroffen, die die organisatorische und methodische Klammer für die Modellvorhaben bildete und die inhaltliche Orientierung vorgab.

Bedingt durch die angespannte Personalsituation – bei gleichzeitig hoher Arbeitsbelastung in der Verwaltung – wurde die Durchführung der Pilotvorhaben im normalen Verwaltungshandeln bearbeitet und sowohl inhaltlich als auch personell in die Arbeitsgremien zur Steuerung der Stadtumbauprozesse integriert. Die Koordination des Prozesses erfolgte in einer Gender-Steuerungsrunde.



Dessau

Foto: Projektteam



Auftaktveranstaltung in Dessau

Foto: Projektteam

Bei der Vermittlung von Gender-Kompetenz und Fachwissen stand die konkrete Übersetzung allgemeiner Gender-Anforderungen in die fachlichen Aufgaben im Mittelpunkt. Die Vermittlung erfolgte über verschiedene Gesprächsrunden mit den am Prozess beteiligten Akteuren.

Die Pilotvorhaben

Dessau entschied sich, die exemplarische Umsetzung von GM in zwei laufenden städtebaulichen und freiraumplanerischen Vorhaben zu erproben. Im Zentrum des Forschungsvorhabens stand – neben dem informellen Rahmenplan „Heidestraße Nord“ zum Rückbau und zur Gestaltung frei gewordenen Flächen – das auf Aufwertung dieses Wohnquartiers zielende formelle Bebauungsplanverfahren Flössergasse. Beide Vorhaben sollten so qualifiziert werden, dass für verschiedene Bevölkerungsgruppen neue und langfristig tragfähige Qualitäten entstehen.

Das Pilotvorhaben „Flössergasse“

Im Mittelpunkt des ExWoSt-Modellvorhabens stand das Bebauungs-

	Flössergasse	Heidestraße Nord	Gesamtstadt
Fläche	13,7 ha	190 ha	ca. 14 800 ha
Wohnungsbestand (2003)	ca. 1 370	ca. 8 345	47 783
Leerstandsquote (2000)	6 %	16 %	12,3 %
Leerstandsquote (2003)	11 %	25 %	16 %
Baustruktur	kleinteilige Plattenbauten	1930er Jahre und Plattenbauten	

Strukturdaten der beiden Stadtumbauegebiete

Quelle: eigene Berechnungen; Datengrundlage: Stadt Dessau, Amt für Stadtentwicklung



Flössergasse

Foto: Projektteam

planverfahren Flössergasse. Um dieses unmittelbar an das Stadtzentrum grenzende, von Plattenbauten geprägte Wohngebiet aufzuwerten und zu stabilisieren, sollten die Blockinnenbereiche neu gestaltet und die Verflechtung zur Innenstadt und zum nahe gelegenen Muldeufer verbessert werden. In dem Verfahren sollten die aus einer Planungswerkstatt, einer vertiefenden Rahmenplanung sowie einer ersten Bürgerversammlung hervorgegangenen Ergebnisse planungsrechtlich abgesichert und unter dem Aspekt der Chancengleichheit inhaltlich qualifiziert werden. Zudem sollten Vorschläge zur dauerhaften Integration von GM in B-Planverfahren entwickelt werden.

In diesem Bestandsquartier wurde einer frühzeitigen Beteiligung der Bewohnerschaft hohe Priorität eingeräumt. Es wurde deshalb ein – zeitlich begrenzter – dialogorientierter Planungsprozess gestartet, in dem sich Bewohner unter fachlicher Begleitung u. a. mit Fragen zur Sicherheit, zum Verkehr, zu Nutzungen und Nutzungsmischung sowie zur Freiflächengestaltung befassten. Zudem wurde eine geschlechterdifferenzier-

te Haushaltsbefragung zur Wohnsituation und zu den Gestaltungswünschen an das Wohnumfeld durchgeführt. Welche Ergebnisse wurden in dem Pilotprojekt Flössergasse erzielt?

Prozessuale Aspekte

Die Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung waren aufgrund der direkten Abstimmung zwischen Bürgern und Planern durchweg positiv. Trotz erheblichen Zeitaufwandes nahmen die Bewohner – Frauen und Männer waren zu gleichen Anteilen vertreten – regelmäßig an den Sitzungen teil. Es waren überwiegend ältere Menschen in den Prozess eingebunden, die durchaus die aktuelle überalterte Mieterstruktur repräsentierten. Sie engagierten sich als „Anwältinnen und Anwälte“ nicht repräsentierter Gruppen und brachten deren Belange in den Planungsprozess ein. Ne-

ben diesen Arbeitssitzungen wurden Einzelgespräche mit den nicht erreichten Akteuren (Jugendliche, Kinder) geführt.

Der modellhafte Beteiligungsprozess ist inzwischen ebenso wie die Ämterbeteiligung und die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung der Öffentlichkeit abgeschlossen, ein B-Planvorentwurf liegt vor.

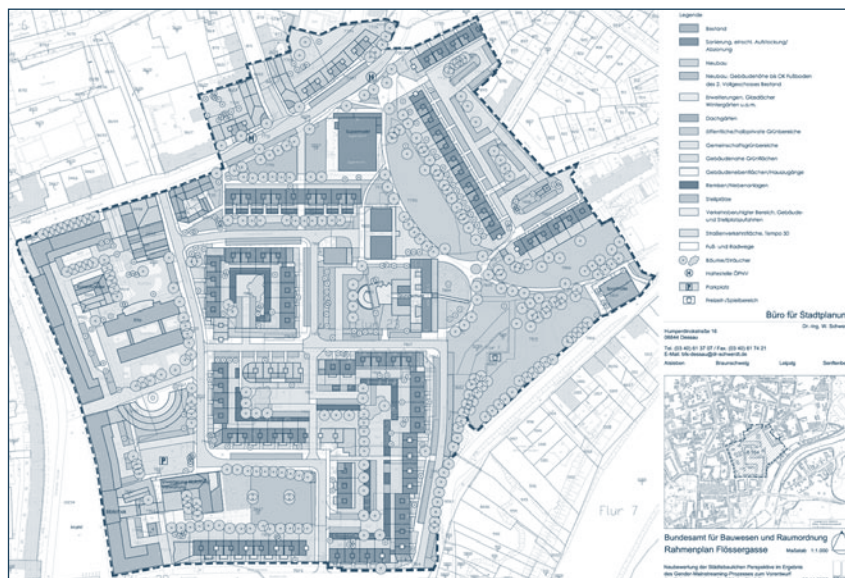
Inhaltliche Aspekte

Im Vorher-Nachher-Vergleich sind Veränderungen und veränderte Festsetzungen ganz unterschiedlicher Art durch die Beteiligung und die Berücksichtigung von GM festzustellen. Diese beziehen sich auf

- das räumliche Gesamtkonzept, u. a. die Erweiterung des Plangebietes, um an ein weiteres Wohngebiet anzuschließen, kürzere Wege zu er-

Rahmenplan Dessau

Quelle: Büro für Stadtplanung Dr. Ing. W. Schwerdt, 2005



- möglichen und eine städtebauliche Barriere zu beseitigen,
- die Erhaltung bzw. Sicherung der Nahversorgung,
- die Weiterentwicklung mischgenutzter Strukturen unter Berücksichtigung verträglicher nachbarschaftlicher Bedingungen,
- die Neukonzeption des ruhenden Verkehrs,
- die Gestaltung der Innenhöfe, u. a. die Zonierung von Nutzungsformen in gebäudenahen bzw. gebäudefernen Bereichen, sowie die Verbesserung der Verweil- und Aufenthaltsqualität in privater und gemeinschaftlicher Form,

- die Gestaltung der Grünzüge als Image-, Leit- und Orientierungsfunktion sowie
- die Zuordnung und konkrete Ausgestaltung der Spielbereiche.

Darüber hinaus wurden viele sehr konkrete Anregungen während des Diskussionsprozesses gesammelt, die zwar nicht auf Ebene des Bebauungsplanes relevant waren, aber für die konkrete Gestaltung (z. B. Erschließung der Höfe durch die Gebäude, Möblierung der Blockinnenbereiche, Abstellräume für Kinderwagen und Fahrräder) Hilfestellung boten.

Umsetzung von GM in Dessau

Mit den Aktivitäten im Rahmen des ExWoSt-Modellvorhabens erfolgte ein systematisierter Einstieg der Dessauer Verwaltung in das Thema „Gender Mainstreaming im Städtebau“, der z. B. bei künftigen Bearbeitungen der Bebauungspläne sowie der Konkretisierung der Stadtumbauplanungen (Quartiersentwicklungskonzepte auf Grundlage systematischer Bestandsanalyse, dezidierten zielgruppenspezifischen wohnungswirtschaftlichen Konzepten und städtebaulichen Planungen) fortgesetzt werden soll.

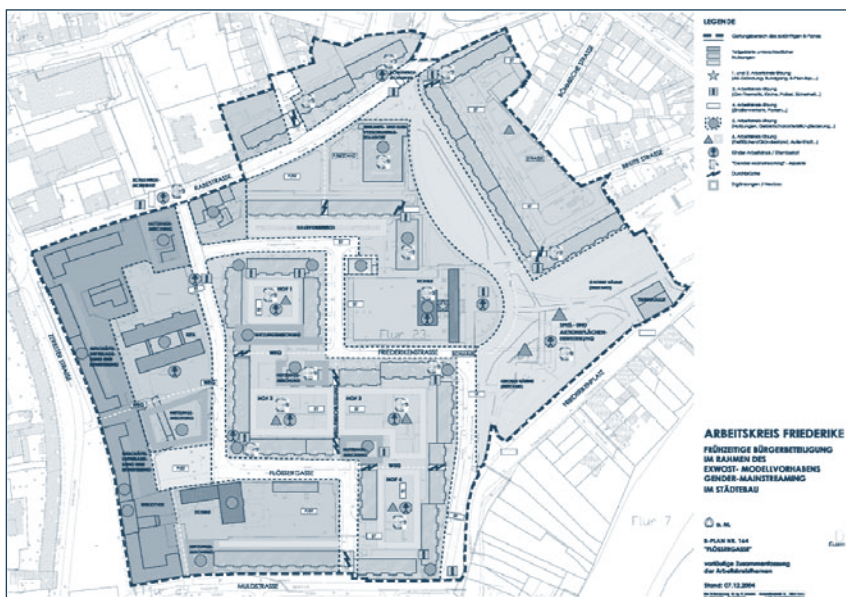
Es konnte gezeigt werden, dass die Umsetzung der Strategie des GM Planungsergebnisse qualifiziert. Ob der Mehraufwand, der durch eine differenzierte Beteiligung ausgelöst wurde, kostenintensiver ist, kann erst nach Abschluss des Planverfahrens beurteilt werden. Auch die Frage nach einer dauerhaften Umsetzung im Alltag der planenden Verwaltung wird erst im weiteren Zeitverlauf beantwortet werden können. Dennoch liefern die Ergebnisse der Pilotvorhaben schon jetzt Hinweise für die Umsetzung von GM in anderen Kommunen. Im Einzelnen seien folgende Aspekte noch einmal hervorgehoben:

Planverfahren

In der Gegenüberstellung der beiden unterschiedlichen Planverfahren (informelle Rahmenplanung in der Heiðestraße und formelle B-Planung in der Flössergasse) wird deutlich, dass es keinen Königsweg zur Umsetzung von GM gibt und geben wird. Vielmehr gelingt eine dauerhafte Um-

Dessau: Zusammenfassung der Ergebnisse des AK Friederike

Quelle: Büro für Stadtplanung Dr. Ing. W. Schwerdt, 2005



setzung eher dort, wo institutionelle Verfahrensschritte mit konkreten genderrelevanten Aufgaben verknüpft werden. Dabei sind Kriterienkataloge und Arbeitshilfen wichtig. Der Planungsalltag vieler Kommunen wird jedoch zunehmend von informellen Planungsprozessen bestimmt. Hier müssen Gender-Aspekte immer wieder mit den jeweiligen Akteuren neu justiert werden. Auch und gerade für diese komplexeren Planungsprozesse sind systematische Planungsmethoden wie genderdifferenzierte Bestandsanalysen, operationalisierbare Zielformulierungen und ein kontinuierliches Planungsmonitoring unabdingbare Voraussetzung.

Partizipation

Das Beispiel des Beteiligungsverfahrens Flössergasse verdeutlicht, welchen hohen Stellenwert eine differenzierte Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner für das Planungsergebnis hat. Diese Erfahrung veranlasste einen Vertreter des Stadtplanungsamtes, von einer neuen „Beteiligungs- und Planungskultur“ in der Stadt zu sprechen. Die Tragfähigkeit und Perspektive dieser Einschätzung hängt allerdings auch davon ab, ob der Abwägungsprozess dieses Planverfahrens den personellen und finanziellen Mehraufwand rechtfertigt. Deutlich wurde außerdem, dass die Beteiligung zu Beginn eines Planungsprozesses stattfinden muss.

Es besteht allerdings die Gefahr, dass sich die systematische Integration von Gender-Aspekten hinter der – allgemein akzeptierten – Zielgruppenorientierung verliert. Von daher ist

zu beachten, dass die Unterschiede in Nutzungswünschen und -ansprüchen nicht immer entlang der Differenzierung zwischen den Geschlechtern verlaufen. Die Interessensgesetze im Pilotvorhaben Flössergasse lagen beispielsweise eher zwischen „Alt“ und „Jung“. Die Integration von GM bedeutet daher per se keine Hierarchisierung der Abwägungsinhalte und ist immer wieder mit den Zielen der jeweiligen Planung rückzukoppeln.

Vermittlung von fachbezogenem Gender-Wissen

Eine wesentliche Aufgabe innerhalb des Modellstadtprozesses bestand in der Vermittlung fachbezogenen Gender-Wissens. Als nützlich erwiesen sich konkrete, praxisbezogene Kriterienkataloge, die interessierten Politikern und Fachleuten den Einstieg in das Thema erleichtern. Wesentlich kritischer beurteilt wurden allgemeine Gender-Trainings, die im ungünstigsten Fall eher Blockaden auf- als abbauten.

Verfahren zur dauerhaften Implementierung von GM

Die Stadt Dessau greift die positiven Erkenntnisse der Pilotvorhaben auf und überträgt die Verfahrensstruktur auf weitere Quartiersentwicklungsplanungen. Vor dem Hintergrund, dass angesichts des demographischen Wandels weniger die Siedlungserweiterungen als vielmehr die Qualifizierung des Bestandes im Mittelpunkt steht, sind die Erfahrungen der Flössergasse auch für viele

zukünftige Bauleitplanverfahren von Bedeutung. Ein neues Instrument zur dauerhaften Integration von GM in der Bauleitplanung entwickelte Dessau mit der Integration genderrelevanter Kriterien in den Umweltbericht. Durch diese Verknüpfung institutionalisierter Prüfverfahren soll zusätzlicher Aufwand vermieden werden. Es ist allerdings fraglich, ob diese Integration in den Umweltbericht planungsrechtlich tragfähig ist.

Die Berücksichtigung von Chancengleichheit wird auch in Zukunft in Dessau insbesondere im Rahmen der Konkretisierung des Stadtumbaus Thema bleiben. Sowohl die Bewältigung geschlechterselektiver Wanderungsprozesse als auch der Umbau vieler Stadtquartiere sind dafür exemplarische Beispiele. Im Verlauf des Forschungsvorhabens wurde deutlich, dass die städtebaulichen Auswirkungen des demographischen Wandels und der Schrumpfung auf die verschiedenen Lebenssituationen und Geschlechter noch nicht hinreichend erforscht sind.

Die Stadt Dessau begreift die im Forschungsfeld erprobte Strategie des GM auch zukünftig als chancenträchtiges „Alleinstellungsmerkmal“, thematisiert GM in der Darstellung des Internetauftritts zum Stadtumbau (www.dessau.de) und hat genderrelevante Indikatoren in ihr Stadtumbau-Monitoring aufgenommen.

Modellstadt Pulheim

Von der Planung des Stadtgartens zur kontinuierlichen Verankerung von Gender Mainstreaming in der Verwaltung

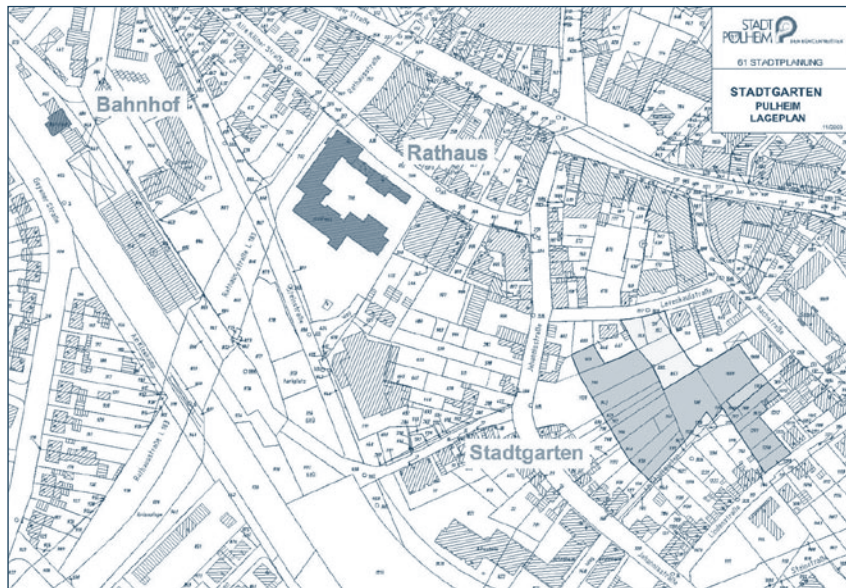
Pulheim präsentiert sich als junge, wachsende Mittelstadt (fast 55 000 Einwohner), die auch in Zukunft noch mit Wachstumsprozessen rechnet. Diese sind vor allem auf die Lage der Stadt in der wirtschaftsstarke Arbeitsmarktregion Köln zurückzuführen. Zwar sind die Folgen des demographischen Wandels mittlerweile auch hier von Bedeutung, dennoch wird in den nächsten Jahren die Bevölkerungsentwicklung noch durch Wanderungsgewinne geprägt sein.

Ihre Beschäftigung mit GM begannen Politik und Verwaltung 2002 mit einer Fortbildung der Führungskräfte, später folgten Gender-Trainings für Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Am Beispiel der Stadtplanung sollte die Umsetzung von GM exemplarisch erprobt und es sollten Kriterien für eine nachhaltige Stadtentwicklung erarbeitet werden.

Das ExWoSt-Modellvorhaben „Gender Mainstreaming im Städtebau“ wurde als Chance begriffen, um als Modellstadt die Einführung von GM fortzusetzen und eine Verstetigung der Prozesse erreichen zu können. Der Verwaltungsvorstand unterstützte die Bewerbung und eine entsprechende Ratsvorlage wurde vom Stadtrat einstimmig beschlossen.

Das Pilotprojekt „Neu- und Umgestaltung des Stadtgartens“

Die Neuplanung des Ende der 1980er Jahre angelegten Stadtgartens bot sich aufgrund der öffentlichen Aufmerksamkeit, der zentralen Lage und des aktuellen Planungsstandes als Pilotprojekt an. Das Plangebiet ist charak-



Lageplan des Stadtgartens in Pulheim

Quelle: Stadt Pulheim, 2003

terisiert durch teilweise unattraktive Gebäuderückseiten, eine nicht ideal zugeschnittene Fläche sowie nicht eindeutig definierte Grünflächen und unklare Wegeverbindungen. Als einzig nutzbare größere Grünfläche im Zentrum Pulheims, deren Neugestaltung schon seit längerem umstritten war, kam dem Vorhaben die gewünschte Bedeutung und damit ein besonderes Interesse von Politik und Öffentlichkeit zu.

Mit dem Pilotprojekt im Rahmen des ExWoSt-Vorhabens sollten der vorliegende Entwurf weiter qualifiziert und Nutzungsangebote für breite Teile der Bevölkerung geschaffen werden. Weiterhin sollte mit der Durchführung die Chance der Erprobung eines neuen Partizipationsverfahrens verbunden werden.



Stadtgarten

Foto: Projektteam

Ziele des Pilotprojektes

Zu Beginn des Modellvorhabens wurden zwischen der Stadt Pulheim und dem Bund Ziel- und Qualitätsvereinbarungen unterzeichnet. Sie enthielten sowohl inhaltliche Ziele (Entwicklung geeigneter Kriterien zur Berücksichtigung von GM während des Planungsprozesses, differenzier-



Pulheim

Foto: Projektteam

te Analysen der Lebenssituationen verschiedener Bevölkerungsgruppen), prozessuale Ziele (etwa die Entwicklung geeigneter Kriterien zur Überprüfung der Gender-Ziele in den Beteiligungsverfahren) als auch strukturelle Ziele (Entwicklung übertragbarer Verfahren zur Umsetzung von GM in das kommunale Verwaltungshandeln).

Organisationsstrukturen und Prozesssteuerung

Die Federführung des Modellvorhabens lag bei der Leiterin der Koordinierungsstelle Umweltschutz, der Gleichstellungsbeauftragten und der Leiterin der Stadtplanungsabteilung. Weitere Akteure waren Vertreter der Verwaltungs- und Politikspitze, der beauftragte Landschaftsplaner, zahlreiche Politiker, ausgewählte Vertreter anderer Verwaltungsabteilungen und eine Vielzahl interessierter Bürgerinnen und Bürger.

Die Strukturen zur Organisation des Modellvorhabens wurden weitgehend an vorhandene Arbeitsstrukturen angegliedert, um die begrenzten Personalressourcen sowie die vorhandene Arbeitsauslastung zu berücksichtigen. Eine neu gebildete Lenkungsgruppe übernahm die Prozesssteuerung und die Abstimmung mit dem Forschungsteam. Auf weitere neue Arbeitsgruppen wurde verzichtet; stattdessen wurde der Tagesordnungspunkt „GM“ fester Bestandteil der regelmäßigen internen Arbeitsbesprechungen der Planungsabteilung.

Einen Schwerpunkt des modellhaften Prozesses bildete die Vermittlung von



Stadtgartenfest

Foto: Projektteam

Gender-Kompetenzen. Diese konzentrierte sich auf den Transfer von Gender-Wissen in die fachliche Arbeit der Planungsabteilung und fand in drei verwaltungsinternen Fachworkshops zu den Themen „Gender und Partizipation“, „Wie sieht eine ‚gegenderte‘ Planung aus?“ und „Neue Qualitätsstandards durch GM in Einfamilienhausgebieten“ statt.

Prozessuale Aspekte

Die Entwicklung und Erprobung eines genderorientierten Beteiligungsverfahrens, ein Ziel des Pilotprojektes, setzte sich aus mehreren aufeinander aufbauenden Bausteinen zusammen. Begonnen wurde mit einem Stadtgartenfest, zu dem die Bürgerinnen und Bürger eingeladen wurden, um den Stadtgarten und das Pilotprojekt kennen zu lernen und Wünsche und Anregungen an die Gestaltung vor Ort einbringen zu können. Dazu wurde während des Festes eine schriftliche Befragung von Kindern und Erwach-

senen zu Nutzungserfahrungen und Nutzungswünschen durchgeführt. Die Ergebnisse lieferten erste Hinweise zur gegenwärtigen Nutzung des Stadtgartens und zur Einschätzung seiner Potenziale.

In den beiden anschließend durchgeführten Planungswerkstätten, an denen rund 80 Personen teilnahmen, wurde die Planung konkretisiert, es wurden potenzielle Nutzungskonflikte offen gelegt und ein Planungsvorschlag konsensual verabschiedet. Abschließend wurde eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zu dem Modellvorhaben als öffentliche Sondersitzung des Umwelt- und Planungsausschusses durchgeführt.

Mit den neuen Beteiligungsformen konnte ein großes Interesse der Bevölkerung an einer konkreten Mitwirkung an dem zeitaufwändigen Planungsprozess erreicht werden. Der niedrigschwelliger Einladung zum Stadtgartenfest folgten vor al-



Planungswerkstatt

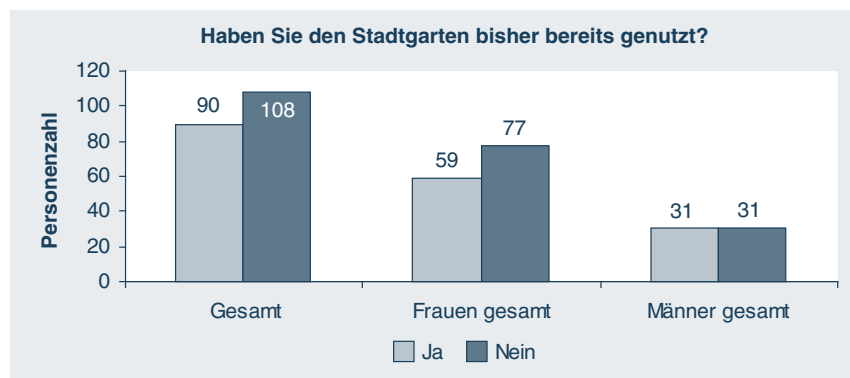
Foto: Projektteam

lem Frauen, Mädchen und Jungen, so dass ihre in Partizipationsprozessen oft nur schwer zu ermittelnden Bedürfnisse als Anregungen und Wünsche einfließen konnten. Auch an den Planungswerkstätten nahmen vergleichsweise viele Frauen teil. Zudem wurde von allen Teilnehmenden darauf geachtet, auch die Interessen der kaum oder nicht vertretenen Gruppen einfließen zu lassen (jugendliche Mädchen und Jungen, Migrantinnen und Migranten).

Aus einem in der städtischen Öffentlichkeit zuvor äußerst kontrovers diskutierten Planungsvorhaben entstand auf diese Weise ein gemeinsamer Planungsentwurf, der nicht nur für eine gleichberechtigte Teilhabe unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen steht, sondern auch Nutzungskonflikte bereits im Vorfeld thematisierte und eine für alle tragfähige Lösung entwickelte. Der Pulheimer Stadtgarten kann somit zu einem Garten für alle Bewohner der Stadt werden.

Inhaltliche Aspekte

Im Rahmen des Beteiligungsprozesses bildete die vorliegende Entwurfsplanung zum Stadtgarten die Grundlage der Ideenentwicklung. Hinzugezogen wurden zudem die Ergebnisse der begleitenden Befragung. Aus dieser ging hervor, dass die bisherige Nutzung des Stadtgartens vor allem entlang klassischer Geschlechterrollen erfolgte: Frauen mit Kindern nutzen ihn als Spielstätte, Männer überwiegend als Treffpunkt. Seine Funktion als Erholungsort wird von allen hervorgehoben, während er von den jüngeren Altersgruppen überwie-



Umfrageergebnisse: Bisherige Nutzung des Stadtgartens

Quelle: eigene Auswertung; Datengrundlage: Stadt Pulheim

gend als Treffpunkt und zum Spielen genutzt wird. Diese Ergebnisse waren in der weiteren Planung ebenso zu berücksichtigen wie die Zielformulierungen und die Anliegen der beteiligten Bürgerinnen und Bürger.

Mit Blick auf die räumliche Struktur erfüllt der letztendliche Planungsentwurf des Stadtgartens mit einem differenzierten Wegenetz, einem vielfältigen Raumkonzept, der Gliederung in Teilräume, der Gestaltung von Grenzen und einer Flexibilität der Angebote wesentliche Kriterien einer gendersensiblen Parkgestaltung. Auch die Aspekte der Sicherheit sind mit der Verbesserung der Orientierung, der Einsehbarkeit und einer ausreichenden Beleuchtung gegeben. Die Planung wird den Bedürfnissen vieler Nutzergruppen gerecht und bietet Raum für Spiele, Kommunikation, Entspannung, Kinderbeaufsichtigung und Bewegung. Damit legt das Pulheimer Pilotvorhaben nahe, dass eine aus Gender-Sicht qualitätsvolle Planung auch eine am Gebrauchswert orientierte Planung ist.

Ein Vergleich des Eingangsentwurfes mit dem verabschiedeten Plan verdeutlicht Schwerpunkte einer inhaltlichen Umsetzung von Gender-Aspekten in der Freiraumplanung:

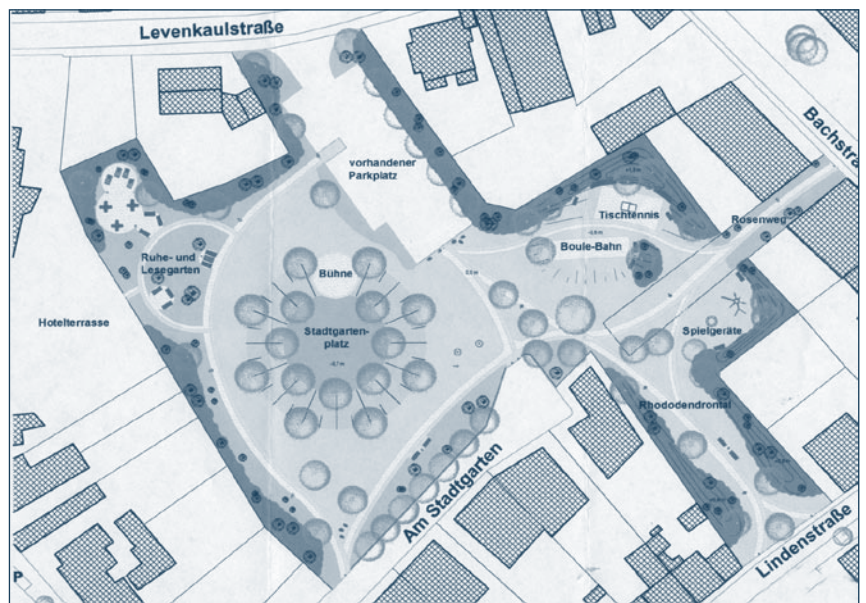
- Größe des Stadtgartens: Vergrößerung der Fläche des Stadtgartens durch die Reduzierung der vorhandenen Stellplätze mit der Option, den gesamten Parkplatz nach und nach aufzugeben, um die Fläche des Stadtgartens zu vergrößern
- Gesamtkonzept: Verkleinerung und Verlagerung des geplanten zentralen Platzes, stattdessen kleinteiligere Treffpunkte und Nutzungsangebote für unterschiedliche Gruppen
- Übersichtlichkeit: Betonung der Eingangssituation zur Straße durch Rosenspaliiere und eine große, baumbestandene Liegewiese in der Mitte des Gartens
- gruppenspezifische Angebote: Trennung der Spielbereiche für jüngere und ältere Kinder, Fläche für Hüpfspiele, Sinnesgarten statt Rhododendrontal, Verlagerung der Boulebahn vom Zentrum an den Rand des Stadtgartens

- Wegeföhrung: Veränderung nach Nutzungsanforderungen
- Mobiliar: Ausrichtung der Bänke zum Platz, Brunnen mit Wasserlauf, Fahrradständer am Eingang
- Verzicht auf Bühne und Tischtennisplatte (Nutzungskonflikte, Lärm)
- optionale Aufnahme eines WCs und eines Klettergerüsts

Umsetzung von GM in Pulheim

Von Beginn an charakterisierten in Pulheim Offenheit und hohes Engagement die Haltung gegenüber dem Modellvorhaben und der Einführung von GM in das Verwaltungshandeln. Dies trug wesentlich dazu bei, ein breites Interesse an dem Prozess zu wecken und das Thema über die Verwaltung hinaus als einen Qualitätsgewinn kommunaler Planung zu etablieren. Dabei wurde bestätigt, dass ein stringenter Top-down-Ansatz für eine erfolgreiche Umsetzung von GM erforderlich ist, gleichzeitig aber engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Umsetzung und Gestaltung der Prozesse notwendig sind. Erst das Zusammenspiel beider Ebenen bewirkt einen erfolgreichen GM-Prozess.

Die Berücksichtigung und Umsetzung von Gender-Kriterien führte im eigentlichen Planungsprozess zu einer differenzierteren Betrachtungsweise, die als eine „neue Planungsqualität“ interpretiert wurde. Neu war aber auch die gelungene Steuerung des Prozesses, d. h. die frühzeitige Einbindung und Verständigung mit Politik, Verwaltungsvorstand, den anderen Ämtern etc. sowie die aus



Stadtgarten alt

Quelle: M. Tochtrop, Landschaftsarchitekt, 2005



Stadtgarten neu

Quelle: überarbeitete Darstellung nach M. Tochtrop, Landschaftsarchitekt, 2005

dem Beteiligungsprozess resultierende Planungskultur.

In Pulheim konnten mit dem Modellvorhaben zentrale Weichen für eine weitere Berücksichtigung der Strategie des GM gestellt werden. Qualitätsgewinne in Inhalten und Prozessen der Planung lassen erwarten, dass zukünftig bei der Frage nach der Gender-Relevanz eines Vorhabens nicht mehr der Mehraufwand im Vordergrund steht, sondern an die positiven Erfahrungen zur Lösung einer konfliktbehafteten Planung angeknüpft werden kann.

Die Erfahrungen mit der fehlenden Gender-Analyse im Vorfeld der Planung zur Umgestaltung des Stadtgartens machen auch deutlich, dass eine Umsetzung von GM im Städtebau nur dann zweckmäßig erscheint, wenn Unterschiede in den Lebenssituationen sichtbar gemacht werden und der daraus abgeleitete Handlungsbedarf vermittelt werden kann. Deshalb ist vorgesehen – begründet auch durch die sich in Pulheim allmählich abzeichnenden Konsequenzen des demographischen Wandels –, ein Datenmonitoring für die Stadt aufzubauen, in dem vorliegende Daten an einer Stelle gebündelt werden. Ausgehend von der spezifischen Situation in kreisangehörigen Kommunen sollen weiterführende Initiativen ergriffen werden, um ein Verfahren zu entwickeln, mit dem zukünftig geschlechtsspezifische Daten genutzt werden können. Im Einzelnen seien folgende Aspekte noch einmal hervorgehoben:

Planungsverfahren

Die Berücksichtigung von Gender-Kriterien führte im Planungsprozess zu einer differenzierteren Betrachtungsweise („es wird genauer hingeschaut“): Hierdurch konnte eine „neue Qualität“ von Planung entstehen. Ohne einen expliziten Bezug und die stete Rück Erinnerung an die Umsetzung von GM wäre der Planungsprozess weniger strukturiert und systematisch angegangen worden („wir haben genauer überlegt: wen beteiligen wir?“). Dieses Schlüsselerlebnis wird von den Beteiligten als eine zentrale „Lernerfahrung“ interpretiert, auf die bei zukünftigen Vorhaben als ein stetes Mitdenken und einen offenen Blick für die Unterschiedlichkeit der Lebenswelten zurückgegriffen werden soll.

Partizipation

Das GM-Pilotvorhaben „Neu- und Umgestaltung des Stadtgartens“ wird aus der lokalen Perspektive heraus als ein sehr erfolgreiches Planungsverfahren gewertet, da aufgrund der intensiven und vielfältigen Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit eine hohe Akzeptanz für das Projekt, d.h. den Prozess und seine Inhalte, geschaffen werden konnte. Das Partizipationsverfahren wird von allen Beteiligten als der erfolgreichste Bestandteil des Pilotvorhabens gewertet, da durch die Ansprache unterschiedlicher Zielgruppen und die kontinuierliche Reflexion ihrer Anforderungen nicht nur ein qualitativ hochwertiger Partizipationsprozess

durchgeführt wurde, sondern auch eine in der Pulheimer Öffentlichkeit äußerst kontrovers diskutierte Planung einvernehmlich weiterentwickelt und politisch verabschiedet werden konnte. Damit gelang es, ein als politisch brisant geltendes Planungsvorhaben in ein städtisches Identifikationsprojekt zu überführen – eine Qualität, die zu Beginn des Verfahrens wohl kaum jemand in Pulheim erwartet hätte.

Verfahren zur dauerhaften Implementierung von GM

In Pulheim sind zentrale Weichenstellungen für eine weitere Berücksichtigung der Strategie des Gender Mainstreamings erfolgt. Die politischen Beschlüsse und die damit verbundenen Erwartungen sehen vor, dass die Implementierung von GM in das Verwaltungshandeln fortgesetzt werden soll. Im Verlauf des Modellvorhabens wurde deutlich, dass die Beschäftigung dafür mit einer der zentralen Aufgaben der Planungsabteilung – der Ausweisung weiterer Neubaugebiete überwiegend für die Bebauung mit freistehenden Einfamilienhäusern – einen geeigneten Anknüpfungspunkt darstellen könnte. Im Rahmen eines solchen Verfahrens wird zu prüfen sein, ob mit der Umsetzung von GM eine Qualitätssteigerung dieser planerischen Aufgabe gelingen kann.

Referenzstadt Bremen

Erfahrungen einer Großstadt mit der Umsetzung von Gender Mainstreaming

Um auch die spezifischen Strukturen, Aufgabenstellungen und Chancen einer Großstadt in die Untersuchung einbeziehen zu können, wurde Bremen zusätzlich als Referenzstadt in das ExWoSt-Modellvorhaben aufgenommen. Der Status als Referenzstadt bedeutete zwar eine reduzierte Beratung und Begleitung, die Ergebnisse flossen jedoch genauso in die Gesamtauswertung ein.

Mit einem Anfang 2002 gefassten Beschluss legte der Senat die Grundlage der Umsetzung von GM in die Bremer Landespolitik. Darin werden alle Ressorts aufgefordert, die Geschlechterperspektive in ihre jeweiligen Arbeitsfelder einzubeziehen und Gender-Verantwortliche zu benennen. Das ein Jahr später beschlossene Umsetzungskonzept sieht eine zweijährige Pilotphase vor, in der alle Ressorts Pilotprojekte durchführen sollen. Erst danach wird entschieden, ob eine flächendeckende Einführung der Strategie erfolgen soll.

Im für den Bereich Stadtentwicklung, Stadtplanung und Städtebau zuständigen Hause des Senators für Bau, Umwelt und Verkehr bestand großes Interesse, im Rahmen des ExWoSt-Modellvorhabens „GM im Städtebau“ fachliche Unterstützung und Beratung bei der Umsetzung eines Pilotvorhabens zu erhalten.

Das Pilotprojekt „Grünzug Leher Feld“

Als Pilotprojekt wurde ein Vorhaben zur Umgestaltung eines Bereiches im

Grünzug Leher Feld aus dem Fachbereich „Flächenbezogener Umweltschutz“ ausgewählt. Der im nordöstlichen Stadtgebiet verlaufende Grünzug bildet die zentrale Grünachse im Stadtteil, an die verschiedene öffentliche bzw. halböffentliche Einrichtungen sowie unterschiedliche Wohnnutzungen angrenzen. Der Grünzug wurde 1967/68 angelegt und seitdem nicht verändert, so dass die Ausstattung zum Teil in desolatem Zustand ist. Die für das Pilotprojekt ausgewählte Teilfläche zeichnete sich u. a. durch eine trostlose Spielfläche, die schlechte Einsehbarkeit des Gebietes, unübersichtliche Wegeführungen und eine geringe Aufenthaltsqualität aus.

Der bereits vorliegende Planentwurf sollte unter Berücksichtigung von GM weiterentwickelt und um Gender-Kriterien qualifiziert werden. Dabei sollten sowohl die unterschiedlichen Nutzungsinteressen verschiedener Gruppen als auch die unterschiedlichen Funktionen des Grünzugs berücksichtigt werden, um ihn zu einer für beide Geschlechter gleichermaßen attraktiven Fläche zu entwickeln. Zu den Zielen gehörten die Verbesserung der Zugänglichkeit und Erreichbarkeit, das „Wieder-erlebbarmachen“ des Wassers sowie die Umsetzung erhöhter Sicherheitsanforderungen. Zudem sollten die Ergebnisse des Pilotprojektes Hinweise auf inhaltliche und verfahrensbezogene Anforderungen einer geschlechtergerechten Freiflächenplanung geben, die künftigen Planungen zugrunde gelegt werden können. Die Feder-

führung des Vorhabens lag bei der Gender-Beauftragten des Bauressorts und dem für das Projekt zuständigen Mitarbeiter im Umweltressort.

Prozessuale Aspekte

Einen Baustein des Projektes bildete ein Partizipationsprozess, für den keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung standen. Um die Planung stärker an den Interessen der (potenziellen) Nutzerinnen und Nutzer auszurichten, wurden eine schriftliche und eine mündliche Befragung sowie ein kleiner Beteiligungsworkshop durchgeführt. Die daraus resultierenden Anregungen unterschiedlicher Zielgruppen flossen in die Überarbeitung der Planung ein. Darüber hinaus wurde eine projektbegleitende Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, in der der Stand der Planung sowie deren Ergebnisse diskutiert wurden.

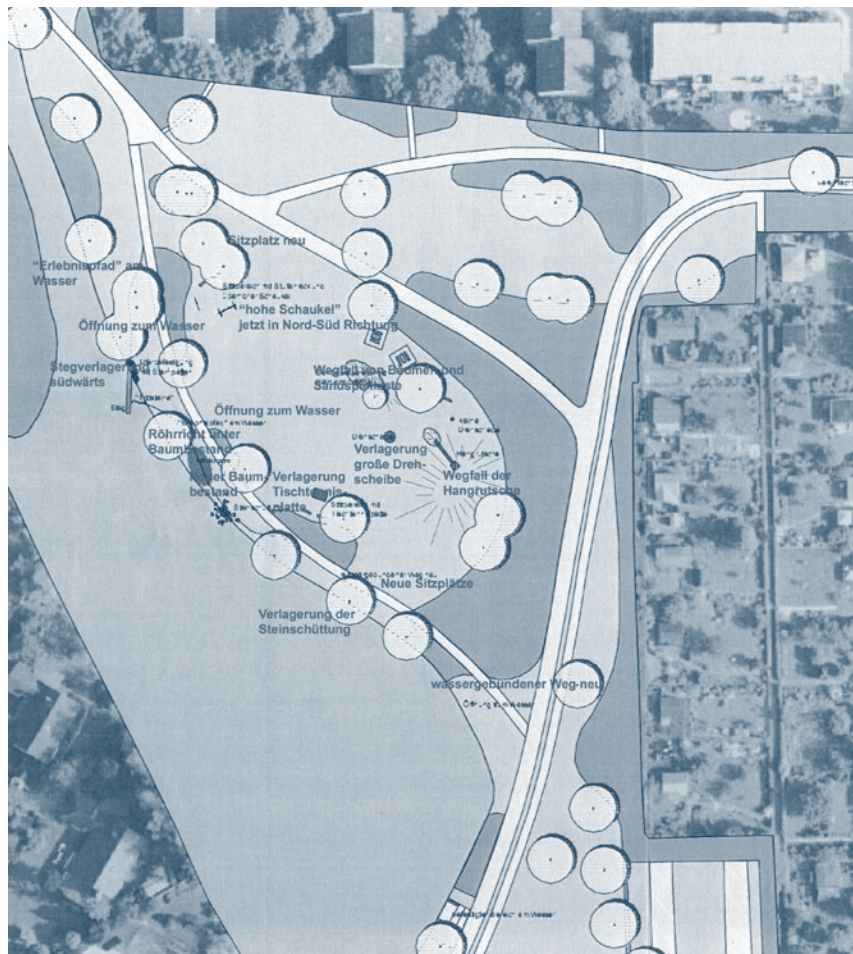
Inhaltliche Aspekte

Das Beteiligungsverfahren legte geschlechterdifferenzierte Anforderungen an die Gestaltung des Grünzugs offen: Frauen nutzen den Grünzug intensiver als Männer, vor allem bedingt durch die Betreuung von Kindern. Abends wird der Park in der Regel von beiden Geschlechtern gemieden. Insgesamt heben Frauen in der Befragung Positives stärker hervor und benennen Vorteile konkreter, sie betonen den Wunsch nach einer für alle Bevölkerungsgruppen nutzbaren Fläche. Für die zukünftige Gestaltung des Parks wurden vielfältige Wünsche geäußert, z. B. bessere Überwachung und Beleuchtung der Anlage, Verbes-

serung der Beschilderung/Übersichtlichkeit, mehr Blumen, Bänke und Tische, Sanierung der Wegebeläge.

Die dem Pilotprojekt zugrunde liegende Ausgangsplanung beinhaltete bereits Aspekte nutzungsorientierter Planungsqualitäten, so dass der „zweite erweiterte Blick auf die Planung“ keine grundsätzlichen Änderungen hervorrief, sondern sich auf weitere Ausdifferenzierungen und eine stärkere Anpassung an die Bedarfe der zu erwartenden Zielgruppen konzentrierte. Die Veränderungen fanden vor allem entlang der Wasserlinie und im Bereich der Spielstation statt. Gegenüber der Eingangsplanung weist der abschließende Planentwurf Veränderungen auf, die Aspekte einer geschlechtergerechten Grün- und Freiflächenplanung widerspiegeln:

- **Übersichtlichkeit/Orientierung/soziale Kontrolle:** Öffnung des Grünzugs zum Wasser, so dass Sichtbeziehungen entstehen, Orientierungen und eine erhöhte Übersichtlichkeit gegeben werden und die Grünfläche durch den Wasserbezug aufgewertet wird. Als konkrete Maßnahmen sind zu nennen: Verlagerung des Stegs und des Röhrichts, Auslichtungsmaßnahmen, Verlagerung der zum Verweilen einladenden Steinschüttung.
- **Kommunikation/Treffpunkte:** Es wurden weitere kommunikative Treffpunkte mit Blick auf das Wasser geschaffen, wie z. B. auf und neben der Steinschüttung, im südlichen Bereich des Sees und am Rande der Spielstation, um von hier aus den Blick auf den See freizugeben.



Feinjustierungen der Planung durch Gender Mainstreaming

Quelle: Senator für Bau, Umwelt und Verkehr der Stadt Bremen, Abteilung Flächenbezogener Umweltschutz; eigene Bearbeitung

- **Wegeföhrung:** Die neue wassergebundene Wegeführung entlang des Sees lädt zum Flanieren ein und es sind – konzentriert auf einen Uferabschnitt – neue Baumpflanzungen vorgesehen.
- **Zielgruppenorientierung:** Da im Verlauf der Planung deutlich wur-

de, dass die Spielstation weniger von kleineren als vielmehr von älteren Kindern und Jugendlichen genutzt wird, konnten entsprechend einer angestrebten Zielgruppenorientierung die „Sandspielkiste für Kleinkinder“ und die Hangrutsche entfallen – zumal in der Nähe ein

weiterer Kleinkinderspielplatz vorhanden ist –, so dass weitere Flächen zum freien Spiel und Aufenthalt zur Verfügung stehen.

- **Mobiliar:** Neuausrichtung der „hohen Schaukel“ und Verlagerung der großen Drehscheibe aus der Mitte an den Rand der Spielstation.

Die Gliederung der räumlichen Struktur durch Wegenetze und Nutzungsangebote sowie die flexiblen Nutzungsmöglichkeiten insbesondere der großen Freifläche im Bereich der Spielstation sind als Kennzeichen einer gendersensiblen Grünflächengestaltung anzusehen. Die vorgesehenen Nutzungsangebote bieten vielen Nutzergruppen die Möglichkeit, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.

Umsetzung von GM in Bremen

Die Überschaubarkeit und Abgrenzbarkeit des Vorhabens sowie eine zügige Realisierung erleichterten den Aufbau handlungsfähiger Organisationsstrukturen für eine Umsetzung von GM. So wurden auch rasche erste Ergebnisse möglich. Die Neuplanung enthält durch die Berücksichtigung von Gender-Kriterien in den Inhalten und bei der Durchführung des Beteiligungsprozesses qualitative Verbesserungen. Diese beziehen sich vor allem auf differenzierte Anpassungen der Planung an die Nutzungserfordernisse unterschiedlicher Zielgruppen.

Als problematisch erwiesen sich die hohen Anforderungen an die Ergebnisse des Pilotprojektes, die teilweise eine „völlig andere Planung“ erwar-



Grünzug

Foto: Projektteam

teten. Die letztendlich geringfügigen Veränderungen der bereits nutzungsorientierten Ausgangsplanung verdeutlichen jedoch, dass bereits „graduelle Unterschiede“ von großer Bedeutung sein können.

Die in Bremen vorliegenden geschlechterdifferenzierten Daten sollen als Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der Strategie zukünftig stärker genutzt werden. Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr signalisierte, GM in seinem Ressort zu verankern – unabhängig von der Entscheidung über eine Bremen-weite Einführung von GM. Ein erstes Indiz dafür ist die Initiierung eines weiteren Projektes, der Umgestaltung einer Bahnhofsunterführung in einem Bremer Stadtteil unter Berücksichtigung von GM.

Wege zu einer geschlechtergerechten Stadt

Ergebnisse des Forschungsvorhabens

Neue Inhalte:

Qualitätsgewinn durch stärkere Berücksichtigung vielfältiger Nutzerinteressen und des Stellenwerts von Gebrauchsfähigkeit und Alltagstauglichkeit städtischer Räume

Die Umsetzung von GM – das zeigen die Ergebnisse aus den Modellstädten, den Guten Beispielen und die Auswertung der Umsetzung von URBAN II – bewirkt eine inhaltliche Qualifizierung der Planung. Bezogen auf die veränderten Inhalte wurden von den beteiligten Kommunen die höhere Alltagstauglichkeit und der größere Gebrauchswert der Planungen hervorgehoben. Diese sind i.d.R. auf die differenzierte Einbeziehung der Interessen unterschiedlicher Nutzergruppen zurückzuführen. Alle bearbeiteten Vorhaben wurden durch die begleitende Formulierung von Gender-Zielen und den gezielten Einbezug möglichst zahlreicher Zielgruppen qualitativ verbessert. Konkret führte dies in den Entwürfen zu veränderten Erschließungssystemen, differenzierteren Abgrenzungen (halb-)öffentlicher und privater Flächen, höherer Nutzungsqualität wohnungsnaher Freiflächen, veränderten Geschosshöhen, kleinteiligeren Nutzungsangeboten für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen oder einer intensiveren Zielgruppenorientierung, z. B. in der Spielflächenplanung.

GM im Städtebau ermöglicht, traditionelle Vorstellungen über geschlechtsspezifische Zuschreibungen und räumliche Verhaltensmuster in Frage zu stellen.

Die Umsetzung von GM in der Stadtplanung war und ist dem Vorwurf

ausgesetzt, traditionelle Rollenbilder eher zu festigen als aufzubrechen. Beispielsweise wird mit verbesserten räumlichen Rahmenbedingungen für Versorgungsarbeit zwar diese Arbeit erleichtert, aber nicht die Arbeitsverteilung zwischen den Geschlechtern in Frage gestellt. Die mit GM verbundene Erweiterung des Blicks auf beide Geschlechter sowie die differenzierte Datenauswertung und Relevanzprüfung zwingt aber zur genauen Analyse und zum Infragestellen voreiliger Annahmen. So widerlegen etwa die Ergebnisse aktueller Wanderungsanalysen sowohl ostdeutscher Städte allgemein als auch aus stark von Abwertung betroffenen Stadtquartieren (überproportionale Wanderungsverluste bei Frauen) die gängigen Thesen, nach denen Männer eher die aktiveren und beweglicheren Bevölkerungsgruppen sind. Veränderungen können auch im Verhaltensmuster von Frauen und Mädchen im öffentlichen Raum nachgewiesen werden (z. B. in einer höheren Beteiligung beim Fußballspielen), während die Freiraumnutzung von Jungen und Männern weitgehend unverändert und damit rollenkonform bleibt.

In den Modellstädten wurde die differenzierte Zielgruppenorientierung als eindeutiger Gewinn von GM gesehen. Diese Zielgruppenorientierung läuft jedoch Gefahr, dem eigentlichen Anliegen des Abbaus der Geschlechterhierarchien auszuweichen.

Die Pilotvorhaben werden in den Modellstädten als erfolgreiches Planungsverfahren gewertet, da durch die gezielte Beteiligung der Öffentlichkeit nicht nur eine große Ak-

zeptanz für das jeweilige Vorhaben hergestellt werden konnte, sondern auch die differenzierten Interessen und Anforderungen zahlreicher Bevölkerungsgruppen berücksichtigt wurden. Die in den Pilotvorhaben praktizierten differenzierten Beteiligungsprozesse haben den Blick auf Nutzungsbedürfnisse verschiedener Bevölkerungsgruppen deutlich geschärft. Durch den gezielten Einbezug möglichst unterschiedlicher Interessen gelang es auch, zuvor kontrovers und kritisch diskutierte Planungen weiterzuentwickeln und zu einem politischen Konsens zu führen.

Die beobachtbare Gleichsetzung von „allgemeiner Zielgruppenorientierung“ mit „Gender Mainstreaming“ kann jedoch dazu führen, dass das Ausgangsziel, die Herstellung von Chancengleichheit, aus dem Blick gerät. Die oft fehlende politische Zielsetzung der Strategie führt dann dazu, dass strukturelle Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern nicht wahrgenommen werden und die Ziele der Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit unter den Begriffen „soziale Gerechtigkeit“ und „Berücksichtigung der Interessen aller Bevölkerungsgruppen“ subsumiert werden. Dieses Defizit wird erst im Konfliktfall (z. B. unzureichende Ressourcen für alle Nutzungsansprüche) deutlich, wenn die vielfach unterlassene Zielfestlegung zu Beginn der Beteiligungsprozesse eine Abwägung kontroverser Interessen erschwert.

In den Modellvorhaben erfolgte eine Fokussierung auf freiraumplanerische Projekte.

Die Pilotprojekte in Pulheim und Bremen befassten sich mit der Umgestaltung von Grünflächen, Dessau wählte dazu zwei aktuelle allgemeine Planungsaufgaben des Stadtumbaus (Aufwertung eines innerstädtischen Wohnquartiers und die Rahmenplanung eines Umbaugebietes) aus. Die auffällige Fokussierung auf freiraumplanerische Projekte wurde von den Vertreterinnen und Vertretern der Modellstädte wie folgt begründet:

- Grünflächenplanungen erfordern eine intensive Auseinandersetzung mit verschiedenen Ziel- und Nutzergruppen und bieten deshalb offensichtlich ein geeignetes „Feld“ für die Implementation von GM.
- Öffentliche Grünflächen befinden sich im kommunalen Eigentum, der Gestaltungsspielraum ist hier im Vergleich zu anderen Planungsprojekten höher.

Diese Konzentration auf ein planerisches Handlungsfeld verdeutlicht einerseits den Stellenwert, der der Gestaltung öffentlicher Räume und Grünflächen zugesprochen wird. Andererseits werden notwendige Erweiterungen in der thematische Umsetzung von GM in den Feldern Wohnungsbau, Infrastrukturplanung etc. deutlich.

Neue Strukturen: Passgenaue Beteiligungsprozesse und querschnittsorientierte Verwaltungsstrukturen

GM führt zu einer Qualitätssteigerung von Planungsprozessen.

Das Vorgehen in den Modellstädten zeigt, dass die Planungsprozesse systematischer und transparenter werden und schneller zu einem Konsens führen. Die frühzeitige Einbindung der Planungsbetroffenen sowie anderer Behörden und Institutionen wird als zusätzlicher Gewinn „verbucht“. So wurden sowohl in Dessau als auch in Pulheim die Ergebnisse der frühzeitigen und intensiven Beteiligung der Bevölkerung, zu der auch ausgewählte Vertreter der Träger öffentlicher Belange sowie anderer Behörden eingeladen waren, als Schritt hin zu einer neuen Planungskultur interpretiert. Diese verspricht, vor allem strittige und konfliktbehaftete Planung bereits zu einem frühen Zeitpunkt in einem Diskussionsprozess zu klären und konsensuale Lösungen zu entwickeln.

„Gegenderte“ Planverfahren helfen Planungsfehler und Nachbesserungen zu vermeiden.

Die geschlechterdifferenzierte Bestandsanalyse sowie eine qualitative Betrachtung von Nutzungsansprüchen und -bedürfnissen führt zu passgenaueren Planungsergebnissen, die Planungsfehler weitgehend vermeiden helfen. Zudem erfordert GM einen stringenten Planungsprozess (Analyse, Zielformulierung, Maßnahmenfestlegung, Umsetzung

und Erfolgskontrolle) und kann damit zu effektiveren Planungsverfahren führen. Durch die frühzeitige und transparente Diskussion über unterschiedliche Planungsziele und erwartete Planungsinhalte gelang es, konfliktbehaftete Projekte zu entschärfen und konstruktive Lösungen zu entwickeln (z. B. bei der Planung zum Pulheimer Stadtgarten und im Bebauungsplanverfahren in Dessau). Allerdings wurde auch die Erfahrung gemacht, dass eine höhere Transparenz der jeweiligen Interessen nicht immer und überall erwünscht ist.

GM erfordert die Formulierung klarer und eindeutiger Gender-Ziele.

Fehlt die differenzierte Bestandsanalyse, läuft auch die Forderung nach einer Gender-Analyse ins Leere. In der Folge können keine Aussagen zu den Nutzungsarten und -intensitäten sowie über die möglichen Folgen einer Planung für verschiedene Lebenslagen getroffen werden. Ohne geschlechterdifferenzierte Analyse wird eine verbindliche und operationalisierte Zielformulierung fast unmöglich bzw. die Zielformulierungen basieren auf impliziten Annahmen, die Gefahr laufen, stereotype Rollenmuster eher zu verfestigen als sie abzubauen.

Den begleiteten Pilotvorhaben fehlte in Teilen eine intensive Auseinandersetzung mit den operationalisierten Zielen, die in der Regel zu allgemein formuliert waren. So wurde GM von den Modellkommunen überwiegend mit Zielgruppenorientierung gleichgesetzt, was spätestens nach den differenzierten Beteiligungsprozessen



Vernetzung

Foto: Projektteam

zu der Frage führte, welche Interessen welcher Zielgruppen – zumal auf einer begrenzten Fläche – berücksichtigt werden konnten. Spätestens hier wurde deutlich, dass die konsensorientierte Interpretation von „GM = Zielgruppenorientierung“ die generelle Frage nach den Geschlechterungleichheiten nicht beantworten kann.

Die Umsetzung von GM ist nur mit engagierten Akteuren (Top-down und Bottom-up) möglich.

Galten für die Auswahl der Modellstädte verbindliche parlamentarische Beschlüsse zur Umsetzung von GM als ein zentrales Kriterium, konnte nach den Modellvorhaben eine differenziertere Einschätzung vorgenommen werden. Derartige Beschlüsse sind zwar weiterhin wünschenswert, sollten aber nicht mehr als zwingende Voraussetzung für eine Erfolg versprechende Umsetzung von GM gewertet werden.

Wichtiger als der Beschluss scheint ein aus Überzeugung der Leitungsebene getragener kontinuierlicher Top-down-Prozess. Das Engagement und die kontinuierliche Berücksichtigung dieser Aufgabe durch die Führungsebene ist Voraussetzung für die Zusicherung von Ressourcen wie auch für regelmäßige Erfolgskontrollen. Eng verbunden mit dem Top-down-Ansatz sind Bottom-up-Prozesse mit kompetenten und engagierten Akteuren, die wiederum ohne eine Unterstützung von „oben“ kaum erfolgreich arbeiten können. Durch ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit und Steuerungskompetenz

können sie wesentlich dazu beitragen, „gegenderte“ Planungsprozesse voranzubringen.

Die Vermittlung fachbezogenen Gender-Wissens ist eine notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung.

Die Vermittlung der Gender-Kompetenz erfolgte in den Städten – vor oder während der Modellvorhaben – insbesondere über allgemeine Gender-Trainings, fachbezogene Veranstaltungen für die Akteure der Pilotprojekte oder die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtplanungsämter, Kriterienkataloge/Arbeitshilfen und Workshops mit den Modellstädten sowie den forschungsbegleitenden Beirat.

Eine schlechte Bewertung bei der Vermittlung von Gender-Wissen erhielten die allgemeinen Gender-Trainings, die von speziell ausgebildeten Trainern oder Verwaltungsmitarbeitern durchgeführt wurden. Als Gründe wurden in der Regel der geringe Fach- und Praxisbezug sowie eine im Vorfeld der Trainings unklare Abstimmung über die Ziele, Methoden und Inhalte der Veranstaltung angeführt.

Eine wichtige Stellschraube zur Umsetzung von GM liegt in einer richtigen und fachlich konkreten Vermittlung von fachbezogenem Gender-Wissen. Diese Vermittlung kann nicht allein über allgemeine Gender-Trainings, sondern sollte über fachbezogene Fortbildungen erfolgen, die an den konkreten Arbeitsprozessen anknüpfen. Neben der inhaltlichen Kompetenz der (i.d.R. externen)

Gender-Berater sind angesichts der Vielzahl der zu schulenden Akteure allgemein nutzbare Arbeitshilfen notwendig. Das ExWoSt-Info 26/4 „Gute Beispiele“ war ein erster Schritt in diese Richtung, weitere Arbeitshilfen werden demnächst veröffentlicht.

Im Umgang mit GM spielen unterschiedliche Ressourcen der Stadtverwaltungen, aber auch unterschiedliche kulturelle Erfahrungen eine Rolle.

Die Auswertung der Guten Beispiele belegt eine Konzentration von GM-Prozessen in Großstädten. Das legt den Schluss nahe, dass ein entsprechend innovatives Klima in Politik und/oder der Verwaltung sowie personelle Ressourcen vorhanden sein müssen. Beobachtet wurden darüber hinaus unterschiedliche Interpretationen von GM in Ost- und Westdeutschland. Neben anderen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen in den Pilotvorhaben (Freiraumplanungen versus Stadtumbau-Konzept) führen die unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Erfahrungen und Realitäten sowie die verschiedenen Geschlechterbilder in BRD und DDR zu einem anderen Umgang mit GM. Dies macht jeweils angepasste Formen des Wissenstransfers und der Organisation von GM-Prozessen erforderlich.

Zusätzliche Ressourcen sind nur bei der Einführung von GM erforderlich.

Ausreichende Ressourcen, sei es personeller oder finanzieller Art, sind nicht mehr in vielen Kommunen vorhanden. Fehlende Ressourcen können jedoch kommunale Imple-



Unterschiedliche Interessen

Foto: Projektteam

mentationsprozesse zum Scheitern bringen, wenn diese Ressourcen eine unabdingbare Voraussetzung für eine Umsetzung von GM darstellen. Einige der Pilotprojekte und der Guten Beispiele demonstrieren jedoch, dass eine Integration von GM in die Projektbearbeitungen auch mit geringen Extraressourcen möglich ist. Nach wie vor ungeklärt musste die Frage bleiben, ob mit Blick auf die Gesamtkosten eine „gegenderte“ Planung eine kostengünstigere Planung ist; hier wäre eine längerfristig angelegte Bilanzierung von Aufwand und Nutzen erforderlich.

Perspektiven:

Von Pilotvorhaben zu Verwaltungsroutinen – dauerhafte Umsetzung von GM

Die Sammlung der Guten Beispiele dokumentiert den Status-quo der Umsetzung von GM: viele Pilotvorhaben – kaum Überführung in Routinen.

Die Auswertung der recherchierten Beispiele zeigt, dass ein Großteil als Pilot- oder Modellprojekte konzipiert und umgesetzt wird. Die Umsetzung der Querschnittsaufgabe mit ihrem Top-down-gesteuerten Ansatz steht in den Planungsabteilungen jedoch noch am Anfang. Eine Überführung in Routinen ist bisher nicht zu erkennen.

Als Stolpersteine der Umsetzung erweisen sich vor allem unzureichendes Gender-Wissen und fehlendes kontinuierliches Engagement.

Die Auswertung der Guten Beispiele zeigt als größte Stolpersteine der Um-

setzung von GM – neben dem geringen fachbezogenen Gender-Wissen – die fehlende Kontinuität in der Mitwirkung einzelner Schlüsselakteure. Da sich die Umsetzung von GM bisher in keiner Kommune als Routineaufgabe etabliert hat, wird das Thema an einzelne Personen delegiert und ist somit an diese gebunden. Dazu passt der Befund, dass die GM-Prozesse entgegen ihrer Intention insgesamt nur unzureichend in das übrige Verwaltungshandeln eingebunden sind und durch die isolierte Durchführung nicht auf die sonstige Arbeit in den Planungsverwaltungen ausstrahlen. Den vielen schriftlichen Vereinbarungen folgen gemäß dem Motto „Papier ist geduldig“ kaum Umsetzungen oder gar Erfolgskrollen.

Die Integration von GM in städtebauliche Programme zwingt die teilnehmenden Kommunen zur Auseinandersetzung mit dem Thema Chancengleichheit.

Klare Formulierungen von GM-Zielen in den städtebaulichen Förderprogrammen sind ein wichtiger Impuls zur Bearbeitung dieses Querschnittszieles. Viele der im Forschungsvorhaben befragten Kommunen nutzen derartige Programmanforderungen, um sich erstmals oder auch intensiver mit GM auseinander zu setzen. Allerdings offenbaren sich in der konkreten Bearbeitung – insbesondere bei den städtebaulichen Handlungsfeldern – inhaltliche und methodische Unsicherheiten. Für eine Verstetigung des Themas wären operationalisierte Zielformulierungen und die Ergänzung praktikabler

Indikatoren wünschenswert. Diese würden zur Programmsteuerung von GM beitragen und eine Erfolgskontrolle ermöglichen.

Der Indikatorenkatalog „Gender Mainstreaming im Städtebau“ macht Ziele und Inhalte einer geschlechtergerechten Planungspolitik transparenter.

Das im Rahmen des Forschungsvorhabens erarbeitete Indikatorenset eignet sich im Idealfall als strategisches Steuerungsinstrument, um ausgehend von einer geschlechterdifferenzierten Bestandsanalyse und Zieldefinition Wirkungsweise und Effektivität umgesetzter Maßnahmen zu beurteilen. Bisher ist jedoch das indikatorengestützte Vorgehen in der kommunalen Praxis bei strategischen Querschnittsaufgaben, wie z. B. der Umsetzung von „Nachhaltigkeit“ und „Chancengleichheit“, eher die Ausnahme als die Regel. Darüber hinaus unterstützen Indikatoren eine Kommunikation der Ziele und dienen der inhaltlichen Konkretisierung von GM im Städtebau. Das vorliegende Indikatorenset soll kommunale Akteure motivieren, weitere projekt-, stadtteil- und ortsspezifische Steuerungssysteme zu entwickeln.

Eine dauerhafte Umsetzung von GM erfordert systematische Planungs- und Verwaltungsprozesse.

Die Kommunen haben gelernt, dass die Umsetzung von GM eines systematischen Vorgehens (Gender-Analyse, -Relevanzprüfung etc.) bedarf. Dies wird einerseits als Qualitätsgewinn der Planungsprozesse wahrgenommen, andererseits kollidiert

dieses Vorgehen mit den routinierten verwaltungsinternen Arbeitsweisen. Der daraus abzuleitende Handlungsbedarf (Verwaltungsmodernisierung, Qualitätssteigerung von Planungsprozessen) geht damit weit über die Frage nach der Umsetzung von GM hinaus. Deutlich wird, dass die Umsetzung von GM an gleiche strukturelle Grenzen wie die Umsetzung der „Nachhaltigkeit“ stößt. Ohne eine weitergehende Reform der Arbeitsprozesse und -strukturen in der planenden Verwaltung kann eine Umsetzung sowohl von Geschlechtergerechtigkeit als auch von Nachhaltigkeit nur schwer gelingen.

Angesichts der Vielfalt an Prozessen im Städtebau kann die Umsetzung von GM nicht mit statischen Instrumenten erfolgen.

Die Umsetzung von GM verläuft in jedem Planungsvorhaben und auf jeder Planungsebene anders und führt zu verschiedenen Schwerpunktsetzungen. Den Königsweg zur Umsetzung von GM im Städtebau gibt es nicht. GM ist immer Gegenstand politischer Entscheidungsprozesse und administrativer Praxis. Eine erfolgreiche Umsetzung von GM muss an vorhandenen Planungsverfahren anknüpfen. Aufgrund der Vielfalt der Planungsverfahren sind dafür einerseits weitere spezifische, aufgabenbezogene Verfahrensabläufe (z. B. für Wettbewerbsverfahren) zu erarbeiten, andererseits sollte der teilweise vorhandene „Werkzeugkasten“ weiterentwickelt werden.

Ergebnisse: Erfolgskriterien für eine erfolgreiche Umsetzung von GM im Städtebau

Aus den Ergebnissen des Forschungsvorhabens lassen sich folgende Erfolgskriterien für eine gelungene Umsetzung von Gender Mainstreaming im Städtebau ableiten:

Unterstützung und Handlungsdruck von außen

Die politische Forderung nach GM, aber auch die konkrete Förderung durch eine Verankerung von GM in verbindlichen Regelwerken und Fördermittelinstrumenten stellen notwendige Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung von GM dar. Die Formulierungen von Gender-Zielen in Förderprogrammen – das zeigen die Ergebnisse der Wirkungsanalyse des EU-Programms Urban – sind eine wichtige Voraussetzung und ein bedeutsamer Impuls zur Bearbeitung dieses Querschnittszieles. Für eine Verstetigung des Themas wären entsprechende Zielformulierungen und Operationalisierungen in der Programmsteuerung in weiteren städtebaulichen Programmen wünschenswert.

Überzeugte und konsequent handelnde Führungskräfte (Top-down)

Diese Führungskräfte sind im Rahmen eines Top-down-Ansatzes notwendig, um Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten eindeutig zu regeln, stringente Strukturen aufzubauen und umzusetzen, notwendige Ressourcen zuzusichern, die kontinuierliche Erfolgskontrolle durchzuführen

und Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit für das Thema zu motivieren.

Engagierte und kompetente Akteure in der Verwaltung und als externe Auftragnehmer (Bottom-up)

Diese Akteure tragen durch ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit und Steuerungskompetenz wesentlich dazu bei, Gender-Aspekte in den städtebaulichen Prozess zu integrieren. Durch den Bottom-up-Ansatz erhält der Top-down-Ansatz die erforderliche Ergänzung. Eine kontinuierliche Rückkopplung und der regelmäßige Austausch zwischen der Top-down- und der Bottom-up-Ebene erleichtern und befruchten die Umsetzung der Strategie.

Funktionierendes geschlechterdifferenziertes Datenmanagement

Ein konsequentes Vorhalten von geschlechterdifferenzierten Daten ist erforderlich, um die im Vorfeld der Planung notwendige Bestandsanalyse geschlechterdifferenziert durchführen zu können. Festzustellen ist insbesondere, ob Frauen und Männer von der jeweiligen Planung in unterschiedlicher Weise betroffen sind und ob verschiedene Nutzungsanforderungen vorliegen.

Systematisch organisierte Planungsprozesse

Eine geschlechterdifferenzierte Bestandsanalyse, Zielfestlegung, Maßnahmenplanung, Umsetzung und Erfolgskontrolle (und eine damit verknüpfte systematische Verankerung in der Verwaltungsorganisati-

Abschlussveranstaltung „Gender Mainstreaming im Städtebau“

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) stellt die Ergebnisse des Forschungsprojektes in Köln vor.

Dienstag, 23. Mai 2006, 10:30 – 16:30 Uhr
Dorint-Kongress-Hotel in Köln, Helenenstraße 14

Eine gemeinsamen Veranstaltung von BMVBS, BBR und Deutschem Städtetag (DST).

Wir freuen uns, Sie im Mai in Köln begrüßen zu dürfen.

on) sind notwendige Grundlage der Umsetzung von GM. Dabei kommt vor allem politischen Zielfestlegungen, z. B. durch schriftliche Ziel- und Qualitätsvereinbarungen, Bedeutung zu. Es muss darauf geachtet werden, dass über einer allgemeinen Zielgruppenorientierung die Herstellung von Chancengleichheit nicht aus dem Blick gerät.

Dokumentation des Gender-Prozesses

Eine ausführliche Dokumentation ist erforderlich, um nachvollziehbare und beispielgebende Anregungen für die Prozessgestaltung und Durchführung weiterer Gender-Planungen zu vermitteln. Die Guten Beispiele zeigen, dass bisher „das Rad viel zu oft neu erfunden werden musste“ und nachahmenswerte Erfahrungen nicht selten – selbst innerhalb der jeweiligen Verwaltung – unbekannt blieben. Die Dokumentation kann auch belegen, wie der in § 1 Abs. 6 BauGB geforderten Berücksichtigung der unterschiedlichen Auswirkungen der Planung auf Frauen und Männer Rechnung getragen wurde.

Vermittlung von Gender-Wissen und -Kompetenzen

Einer erfolgreichen Verknüpfung von Gender- und Fachwissen sowie der Vermittlung von fachlich konkretem Gender-Wissen ist eine wichtige Bedeutung zuzumessen. Diese Vermittlung im Themenfeld Städtebau kann nicht über allgemeine Gender-Trainings, sondern sollte über fachbezogene Fortbildungen erfolgen, die an

den konkreten Arbeitsanforderungen anknüpfen. Neben der fachlichen Kompetenz externer Gender-Berater sind allgemein nutzbare Arbeitshilfen hilfreich, wie sie u. a. im Rahmen des vorliegenden ExWoSt-Vorhabens erarbeitet wurden.

Anstelle eines Fazits

Gender Mainstreaming benötigt als ein umfassender kommunaler Lernprozess vor allem die Formulierung politischer Ziele und einen langen Atem. Es ist davon auszugehen, dass eine dauerhafte Implementierung dieser Querschnittsstrategie, vergleichbar mit der Nachhaltigkeitsstrategie, nicht von heute auf morgen gelingen wird und ohne politische Unterstützung (etwa durch den Bund) in Gefahr gerät, in den Routinen der Verwaltungen unterzugehen. Werden aber die Hürden einer anfänglichen Auseinandersetzung mit der neuen Gleichstellungsstrategie gemeistert, kann Gender Mainstreaming zu einem qualitätsvollen kommunalen Städtebau führen.

Begleitforschung

Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Eckhard Bergmann
Tel.: (018 88) 401–23 40
eckhard.bergmann@bbr.bund.de

Dr. Brigitte Adam
Tel.: (018 88) 401–23 25
brigitte.adam@bbr.bund.de

Das Bundesamt für Bauwesen und
Raumordnung ist eine Bundes-
oberbehörde im Geschäftsbereich
des Bundesministeriums für Ver-
kehr, Bau- und Wohnungswesen
(BMVBW).

Forschungsassistenz

Das Projekt-Team besteht aus
Mitarbeiterinnen des Deutschen
Instituts für Urbanistik sowie zweier
Planungsbüros:

Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin

Dr. Stephanie Bock
Tel.: (0 30) 3 90 01–189
bock@difu.de

Ulrike Meyer
Tel.: (0 30) 3 90 01–270
meyer@difu.de

Franciska Frölich
Tel.: (030) 3 90 01–245
froelich@difu.de

Büro für integrierte Planung Berlin
Marienburger Allee 20
14055 Berlin

Uta Bauer
Tel.: (0 30) 3 01 00–941
b_i_pberlin@t-online.de

plan-werkStadt
Carl-Schurz-Straße 32
28209 Bremen

Heike Wohltmann
Tel.: (04 21) 50 62 48
wohltmann@plan-werkstadt.de

**Herausgeber, Herstellung,
Selbstverlag und Vertrieb**

Bundesamt für Bauwesen und
Raumordnung

Schriftleitung

Prof. Dr. Wendelin Strubelt
Dr. Hans-Peter Gatzweiler
Dr. Robert Kaltenbrunner

Bearbeitung

Dr. Brigitte Adam
Uta Bauer
Eckhard Bergmann
Dr. Stephanie Bock
Franciska Frölich
Ulrike Meyer
Heike Wohltmann

Gestaltung, Satz und Druck

Bundesamt für Bauwesen und
Raumordnung, Bonn

Bildnachweis

Projektteam, Stadt Dessau

Zitierweise

Bundesamt für Bauwesen und
Raumordnung (Hrsg.),
ExWoSt-Informationen „Gender
Mainstreaming im Städtebau“,
26/5 – 04/ 2006

Nachdruck nur mit genauer Quellen-
angabe gestattet. Es wird um Zu-
sendung von zwei Belegexemplaren
gebeten.

Alle Rechte vorbehalten

© BBR Bonn 2006